

Forderung: Seniorenpolitik muss rechtlich abgesichert werden



Kreissenorenrat Rottweil verabschiedet Dieter Gaus

KREIS ROTTWEIL – Abschied und ein Willkommen kennzeichneten die vergangene Sitzung der Corona-Arbeitsgruppe des Kreissenorenrats Rottweil. Dieter Gaus, stellvertretender DRK-Kreisgeschäftsführer und seit fast zwei Jahrzehnten als Vertreter der Liga der freien Wohlfahrtsverbände Mitglied im Vorstand des Kreissenorenrats sowie Vorsitzender der Projektgruppe, geht zum 1. November in den Ruhestand. Damit endet auch seine Tätigkeit beim Kreissenorenrat und in der Corona-Projektgruppe.

Gaus stellte seinen Nachfolger beim DRK-Kreisverband, Gerald Hodapp, vor. Die Liga der freien Wohlfahrtsverbände im Kreis Rottweil folgte bei ihrer Sitzung am vergangenen Freitag dem Vorschlag von Gaus, Hodapp als Vertreter der Liga beim Kreissenorenrat Rottweil zu benennen.

Den beiden anderen Mitgliedern der Corona-Projektgruppe, dem KSR-Vorsitzenden Matthias Kohlhase und Vorstandsmitglied Peter Wolf, war angesichts dieses Abschieds schon etwas wehmütig ums Herz, war doch Dieter Gaus in den vergangenen knapp zwei Jahren innerhalb der Gruppe der Impuls und Ideengeber sowie die treibende Kraft wie vor Corona auch bereits im KSR-Vorstand.

Gaus stellte Hodapp als seinen Nachfolger beim DRK-Kreisverband vor. Wie Hodapp darlegte, komme

er aus dem Bildungswesen. Bei seinen vorherigen Arbeitsstellen in Bayern und Schleswig-Holstein sei er auch intensiv mit seniorenpolitischen Themen und Senioren selbst in Kontakt gekommen. Er habe unter anderem ein seniorenpolitisches Gesamtkonzept auf Landkreisebene erarbeitet. Er habe dabei sehr auf Bürgerbeteiligung gesetzt. „Die Senioren sind zusammengekommen, konnten ihre Meinung sagen und ihre Vorstellungen einbringen.“

Hodapp betonte, dass er gerne auch Anregungen aus anderen Ländern aufgreife, zum Beispiel aus Schweden. Gaus unterstrich, dass Hodapps großes Know-how im sozialplanerischen Bereich den Ausschlag zugunsten seiner Bewerbung beim DRK-Kreisverband gegeben habe.

Gaus ging davon aus, dass Hodapp seine Erfahrungen als Analytiker und Praktiker in der Seniorenpolitik sehr gut im Kreissenorenrat einbringen könne. „Es tut not, für die künftige Arbeit des Kreissenorenrats einen Fahrplan zu erstellen.“ Einig waren sich die Mitglieder der Corona-Arbeitsgruppe, dass seniorenpolitische Themen im Bundestagswahlkampf praktisch nicht vorgekommen seien.

Gaus wie auch Kohlhase stellten fest, dass „wir Senioren viel zu brav sind. Der heutige Senior steht zumeist aktiv im Leben. Wir müssen an die Politik ganz klare Forderungen stellen.“ Kohlhase unterstrich, dass der Kreissenorenplan nach nun mehr als fünf Jahren überarbeitet gehöre. „Wir als Kreissenorenrat haben es sehr schwer, mit unserem diesbezüglichen Anliegen bei der Kreisverwaltung vorzudringen.“ Gaus und die weiteren Mitglieder der Projektgruppe stellten sich mit Nachdruck hinter die Forderung des Landessenorenrats und von BAGSO, die Seniorenpolitik rechtlich abzusichern. Die Kommunen müssten gesetzlich dazu verpflichtet werden, bei Entscheidungen zu seniorenpolitischen Fragen die betreffenden Seniorenvertretungen dazu anzuhören und die Inhalte der Seniorenpolitik umzusetzen.

Gaus ging auch kurz auf eine Vorlage mit Forderungen zum „vorausschauenden Handeln in der Coronakrise“ ein, die er inhaltlich auch auf der Grundlage von Feststellungen der Corona-Projektgruppe für die Sitzung der Liga erarbeitet hat. So wird unter anderem eine „Krisenvorplanung auf allen Ebenen“ mit einer breit aufgestellten Koordinierungsstelle gefordert. Die aktivierende Seniorenpolitik und dabei vor allem auch die privaten Initiativen auf diesem Gebiet müssten gefördert werden.

Gaus zeigte anhand eigener Erfahrungen auf, wie wenig es den Behörden bis hinauf zu den Ministerien daran gelegen ist, auf private Initiativen einzugehen beziehungsweise gar zu fördern. „DRK und Kreissenorenrat wollten ein „Mobiles Impfteam light“ ins Leben rufen. Auf den entsprechenden Antrag haben vom baden-württembergischen Sozialministerium nie eine Antwort erhalten.“ Weitere Forderungen aus der Vorlage betreffen die „Anerkennung und Unterstützung von

pflegenden Angehörigen“, die Wahrung der Grundrechte auch in Krisenzeiten sowie das Ermöglichen eines würdevollen Sterbens in allen Versorgungsstrukturen, gerade auch in Zeiten einer Pandemie. Es dürfe nicht mehr passieren, dass in Pflegeheimen und Krankenhäusern Menschen sterben müssten, ohne dass Angehörige ihnen beistehen und dann auch von ihnen Abschied nehmen könnten.